

PRESSEMITTEILUNG der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

NR. 0241

Datum: 4. März 2010

Irrfahrt bei den Dienstwagen stoppen

Zu den Plänen der Bundesregierung, die Dienstwagenbesteuerung zu ändern, erklärt **Lisa Paus**, Obfrau im Finanzausschuss

Mit ihren Plänen zu Steuergeschenken bei Dienstwagen wird die Bundesregierung erneut zum Klimakiller. 60 Prozent der neuen zugelassenen PKW sind Geschäftswagen. Bei Mittel- und Oberklassefahrzeugen sind es sogar 85 Prozent. Nirgendwo sonst könnte man im PKW-Bereich so schnell so viel CO₂-Ausstoß einsparen wie bei den Dienstwagen. Deswegen muss nicht nur die Kfz-Steuer, sondern auch die Besteuerung von Dienstwagen so schnell wie möglich konsequent am CO₂-Ausstoß ausgerichtet werden.

Es kann nicht sein, dass die Anschaffung schwerer spritschluckender Dienstwagen vom Steuerzahler mit Milliardensummen belohnt wird. Schon jetzt führt das Steuerprivileg für Dienstwagen dazu, dass vor allem große und schnelle Autos gewählt werden. Die aktuellen Pläne der Bundesregierung verschärfen das Problem, anstatt es zu lösen!

Wir fordern stattdessen, dass die Abschreibungen für Dienstwagen mit steigendem CO₂-Ausstoß geringer werden. Damit können wir mindestens 2,5 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen für die öffentliche Hand erzielen. Diese Mittel können wir gut für die Förderung der Elektromobilität – auch und gerade für Dienstwagenflotten - und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs gebrauchen.

(c) Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Pressestelle
11011 Berlin

T: 030 / 227 - 5 72 12